

r-Batterien
Kraftfahrzeuge.
D-KÖNIG
Neuenbürg.
uenbürg.
s, ehrliches
ädchen
und Garten zum
sucht. Gute Zeug
berlich.
Forstmeister Abl.
Bild b. d.
n-Mädchen,
gef. für Haushal
ter per sofort ode

mit Bild u. Zeugnis
Hans Schmid,
König-Karlstr. 19.
ung.
mittags 10 Uhr, kom
plung zum Verkauf
longue, 1 Maß
Schreibstisch und
Staubsauger.
Neuenbürg.
Berichtsvollzieher.

März 1930.
ge.
Bekanntem die
l. Onkel und
b
hren sanft in
unterbliebenen:
nk
en 24. März,
stait.

Wasserschläuche
ster Qualität.

ik Gollmer & Hummel
Neuenbürg a. E.

ihensfeld.
hones

Läufer-Schwein
es Herrenjahrb
zu verkaufen
Kirchweg 4.
rkensfeld.

Diele
Nähe zu pachten
Becht, Hauptstr. 22

g. Gottesdienst
Neuenbürg.

en 23. März, (S. Dost)
rediat: (2. Kor. 1, 3-7
31b):
Delon Dr. Wroderfl.
Schriftenlehre (Söhne):
Stadtblatke Wort
abends 9 Uhr Bibelstun
religionshaus.

ennach ist am Sonntag
dr Gottesdienst und
tag abend 7, 9 Uhr Bibel

Gottesdienst
Neuenbürg
nntag den 23. März
rediat und Amt.
schacht.
abend 7, 8 Uhr: Kery
ocht.

Bickensfeld
Predigt und M. M.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
verkehr, sowie im sonst.
im Verk. M. 1.80 m. Post-
bestellgeb. Preise freil.
Preis einer Nummer
10 f.
In Fällen ddb. Gewalt
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Auslieferungsmen
jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Güterstraße Nr. 24
D. N. - Sportplatz Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der E. Meich'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile
über deren Raum 25 f.
Reklame-Zeile 80 f.
Reklame-Beizeile 100
Brosch. Beilage. Offerte
und Ankaufstellung
20 f. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der
im Falle des Abnahmef-
fahrens hinfallig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifände-
rungen treten sofort alle
früh. Vereinbarungen
außer Kraft.
Verichtstand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufst. wird keine
Gewähr übernommen.

Nr. 68. Montag den 24. März 1930. 88. Jahrgang.

Deutschland

Stuttgart, 22. März. Vorbehaltlich der endgültigen Ver-
abschiedung des Staatshaushaltsplans für 1930 werden im
Dienstbereich der Zentralfstelle für die Landwirtschaft, Abtei-
lung für Feldbereinigung, zur Verbesserung ausgearbeitet:
3 Bauarbeiten bei Kulturbauwerken, 2 Landmesserstellen,
1 Kulturbauabteilungsstelle und 2 Vermessungsoberleitungs-
stellen.

Berlin, 21. März. Einzelne Morgenblätter veröffentlichten
Mitteilungen über das von der Reichsregierung beschlossene
Dürrogramm. Hierzu wird amtlich festgestellt, daß in diesen
Beröffentlichungen wesentliche Unrichtigkeiten gegenüber den
Beschlüssen des Reichskabinetts enthalten sind.

Berlin, 21. März. Die Teilnehmer an der lombardierten
Zonhampton-Fahrt mit den neuen Kiesschnell dampfern des
Norddeutschen Lloyd, "Europa" und "Bremen", sind heute
zurückgekehrt. Sie haben auf beiden Schiffe die großartig-
sten Eindrücke empfangen, und zwar sowohl von der muster-
gültigen Organisation, die auf der "Europa" schon am ersten
Tage glänzend funktioniert, wie von der prachtvollen Innen-
architektur der Schiffe. An der Führung der journalistischen
Gäste beteiligte sich Generaldirektor Geheimrat Dr. Stimming
sehr mit unermüdlicher Liebenswürdigkeit.

Berlin, 21. März. Nachdem der Reichspräsident dem Ge-
neral von Lettow-Vorbeck zum 60. Geburtstag folgendes
Blindwortschreiben sandte: „Des unbeflegten Führers
heldenhafter Tappen gedenkend, sendet zum 60. Geburtstag
in alter treuer Kameradschaft herzliche Glückwünsche“. Hat
Lettow-Vorbeck sich in einem längeren Telegramm sehr herz-
lich bedankt, dessen Schluß lautet: „Möchten der Herr Feld-
marschall in dieser für Eure Excellenz gewiß schweren Zeit
der inneren Kämpfe herausfinden, daß mancher, der im eh-
lichen Streit der Meinungen zu einem von Eurer Excellenz
nicht gebilligten Ergebnis kommt, dennoch mit seinem De-
ren bei Eurer Excellenz steht.“

Veratung des Etats der Innenverwaltung.

Stuttgart, 22. März. In der Samstagsung des Land-
tags wurde die Frage der Hybridzucht durch Annahme eines
Antrags dahin entschieden, daß, solange nicht in jeder Hinsicht
einwandfreie nichteuropäische Mesforten zur Verfügung gestellt
werden können, die Kreuzung von Hybriden verboten und das
Verbot der Kreuzungen streng durchzuführen werden soll.
Dagegen wurde die Regierung aufgefordert, für die schon
angeplantzten Hybriden beim Reichsministerium für Er-
nährung und Landwirtschaft eine Ausnahme erwirken zu
wollen. Außerdem wurde ein Zentrumsantrag betr. Maß-
nahmen zur Verringerung der Notlage des Weinbaus angenom-
men. Die Beratung des Etats des Innern erstreckte sich zu-
nächst auf Kapitel 14 (Bezugsverwaltung). Der Abg. Winter
(Soz.) stellte einen Antrag auf Vereinfachung und Verbilli-
gung der Staatsverwaltung, insbesondere der Bezirksverwal-
tung mit dem Ziel, Arbeiten von Beamten des höheren auf
solche des mittleren und von letzteren auf Beamte des unteren
Dienstes zu übertragen, den einzelnen Beamten mehr Selbst-
ständigkeit zu geben und auf diese Weise insbesondere die Zahl
der höheren Beamten zu vermindern. Staatspräsident Dr.
Bolz kündigte an, daß der erste Teil des Berichts des Spar-
kommissars demnächst dem Landtag zugehen werde. Der Be-
richt behandle auch die von dem Abg. Winter angestellten
Fragen. Ob eine Erparnis herauskomme, sei allerdings
fraglich. Die Vorlage eines Entwurfs über die Zusammen-
legung der Oberämter durch die Regierung habe keinen Sinn,
wenn bei der Beratung im Landtag darüber nichts heraus-
komme. Der Abg. Bauer (M.D.P.) wünschte eine bessere Auf-
wertung der Beamten-Kontingenzen. Der Abg. Dr. Döllinger
(M.D.P.) erklärte, wenn in der staatlichen Verwaltung die Ak-
demiker überflüssig seien, so erseine es recht ungewissenlich,
warum die Sozialdemokratie immer noch der akademischen
Ausbildung der Volksschullehrer rufe. Der Abg. Schuch
(Komm.) wandte sich dagegen, daß die Gemeinden in ihrer
Selbstständigkeit zu sehr benachteiligt werden. Der Antrag
Winter wurde sodann an den Finanzausschuß überwiesen. Bei
dem Kap. 16 (Staatliche Polizei) sprach der Berichterstatter
Bollsch (Hr.) den Polizeibeamten volle Anerkennung für ihre
Bluttreue aus. Der Abg. Winter (Soz.) begründete Anträge
auf Verringerung der Zahl der Polizeiverde, auf Einführung
des abgekürzten Strafverfahrens, Einschränkung der Zahl der
Polizeioffiziere, Hinanhebung ihrer Altersgrenze und Ge-
währung freier Dienstkleidung für die Beamten des Einzel-
dienstes bei der Schutzpolizei. Man dürfe die Polizei nicht
immer mehr militarisieren. Der Abg. Schuch (Komm.) be-
gründete Anträge auf Befreiigung der staatlichen Polizei und
des Landjägerskorps. Der Abg. Bausch (Chr. Vd.) wünschte
eine stärkere Überwachung der Schuldenliteratur. Staats-
präsident Dr. Bolz erklärte, über die Tatbestände und die
Gründe der Verhaftung von Reichswehroffizieren in Him
keine Angaben machen zu können. Der Vorw. daß der
Polizeipräsident einseitig für die Nationalsozialisten eingestellt
sei, entbehre der Begründung. Bezüglich des Dienstalters der
Polizeioffiziere bestehen Verbindungen mit dem Reich. Die Zahl
der Offiziere habe man in Württemberg erheblich herabgesetzt.
Bei der Ernennung von Offizieren entscheide lediglich die
Tätigkeit. Das Verbot der Verdienstverträge sei am Nach-
haken des Vortragenden erfolgt. Die Abstimmung über die
vorliegenden Anträge wurde zurückgestellt und nach Geneh-
migung einiger weiterer Kapitel die Weiterberatung auf
Dienstag nachmittag vertagt.

7. Volkerversammlung des Württ. Gemeindetages.
Stuttgart, 21. März. Unter großer Beteiligung von Orts-

vorstehern und Gemeinderäten aus dem ganzen Lande fand
am Samstag vormittag im Gustav-Sigle-Haus die 7. Volk-
versammlung des Württ. Gemeindetages statt, deren Haupt-
besprechungsgegenstand die Stellungnahme zu dem viel um-
strittenen Entwurf eines Venderungsgegesetzes zur Landes-
steuerordnung und zum Gemeindefeuergesetz bildete. Als
Vertreter des Innenministeriums war Oberregierungsrat
Schmid amwesend. Finanzminister Dr. Dehlinger hatte sich
entschuldigt und in einem Schreiben den Bestrebungen des
Gemeindetages bestmöglichen Erfolg gewünscht. Von den Land-
tagsfraktionen waren Vertreter des Zentrums, der Sozial-
demokratie und des Christlichen Volksdienstes amwesend. Kom-
missar Schmid, in seinem Referat über den interkommunalen
Lohnausgleich war Reichrat Dr. Frank erschienen. Der
Vorsitzende des Württ. Gemeindetages, Stadtschultheiß Bayer-
Schlegel, leitete die städtische Versammlung mit Begrüßungs-
worten ein, worauf der Geschäftsführer des Gemeindetages,
Direktor Schmid, in seinem Referat über den interkommunalen
Lohnausgleich in großen Zügen ein Bild von den Finanza-
verhältnissen der Gemeinden entwarf. Die kleineren Städte
und Landgemeinden seien trotz äußerster Sparsamkeit mit
Realsteuern überlastet. Der vorliegende Gesetzesentwurf sei ge-
eignet, wenigstens zum Teil einen Ausgleich der Interessen
herbeizuführen. Ein Ausgleich auf dem Gebiet des Volksschul-
wesens sei um deswillen besonders geboten, weil hier die Groß-
städte gegenüber dem Land bevorzugt seien. Der Redner be-
grüßte es, daß der Finanzminister den Entwurf eingebracht
und der Staatspräsident ihn in seiner Landtagsrede vom 7.
März klar und bestimmt verteidigt hat. Der Entwurf habe
durch die Erweiterung der Regierung eine gewisse politische
Bedeutung bekommen. Unter Erweiterung der bereits vor-
bereiteten Aktion hätten sich die Parteien auf der Grundlage
geeignet, daß an den Grundbesitz des Entwurfs festgehalten
wird, die schulpflichtigen Kinder jedoch statt zu 10 nur zu 10
Prozent herangezogen werden, der Staat aber 2,5 RM zu-
schleht, welche zur Hälfte nach der Bevölkerungszahl und zur
Hälfte nach dem Grundbesitz ausgeteilt werden sollen. Gegen-
über dem Gesetzesentwurf sei das finanzielle Ergebnis dieses
Blaues für die kleineren Städte und Landgemeinden nicht
ungünstig, im Verhältnis zu ihrer Notlage aber durchaus
unzureichend. Die weiter geplante Verabfolgung des Grund-
besitzes für die Staatssteuer entspreche einer dringenden
Notwendigkeit. Der Gesamtplan bedeute das Mindestmaß
dessen, was zur Verhütung der finanziellen Verelendung vieler
Landstädte und Landgemeinden notwendig ist und es müsse
erwartet werden, daß dieser Aktion bald eine Verbesserung
des Finanz- und Lohnausgleichs nachfolge. Der tiefere Sinn
der Forderung des Landes liege darin, daß dieses für sich
grundfähliche Gleichberechtigung mit der Stadt beanprucht,
damit auch die Landstädte und Landgemeinden ihrer Bewöl-
kerung das Maß an Wohlstand vermitteln können, das unterm
armen Volk noch geboten werden kann. Nach längerer leb-
hafter Aussprache wurde einstimmig folgende Entschließung
angenommen: Verdrängende Not und fernere Ueberbür-
dung lasten schwer auf zahlreichen Landstädten und Land-
gemeinden. In einem großen Teil derselben sind die Ge-
meindeumlage trotz äußerster Einschränkung und Spar-
samkeit zu einer unzumutbaren Höhe angezogen. Die Mittel
reichen häufig nicht einmal zur Deckung der geordneten Pflicht-
aufgaben. Die Entlastung dringlicher Aufgaben und stei-
gende Fehlbeträge im Gemeindehaushalt kennzeichnen die
Finanzlage dieser Gemeinden. Der Grund für diese Steuer-
und Finanznot liegt besonders in einer mangelhaften Aus-
gestaltung des Finanz- und Lohnausgleichs zwischen Staat
und Gemeinden einerseits und den Gemeinden unter sich
andererseits. Der Staat muß sich an den öffentlichen Lasten
stärker als bisher beteiligen, sei es durch Verringerung der
Gemeindekosten oder durch Zumeisung weiterer Mittel an die
Gemeinden. Ganz unzulänglich ist der Lohnausgleich unter
den Gemeinden geregelt. Besonders die Verteilung der Ge-
meindeanteile an den Reichsteuern, die auf der Grundlage des
zufälligen örtlichen Aufkommens erfolgt, begünstigen einsei-
tigerweise besonders große Industrieplätze und läßt die Be-
lastung anderer Gemeinden mit Aufgaben, die mit ortsfremden
Unternehmungen zusammenhängen, völlig unberücksichtigt. Das
ermöglicht auf der einen Seite bei wäufigen Umsagen Fort-
schritt auf allen kommunalen Gebieten und zwingt auf der
anderen Seite zu einer Einschränkung, die von außen mitunter
als Rückschritt verurteilt wird. Ein besserer Ausgleich der
Einnahmen und Lasten muß im Interesse der Landwirtschaft,
des Gewerbes und Gebäudefreies auf dem Lande ohne Zäun-
men durchgeführt werden. Der vorliegende Gesetzesentwurf zur
Verringerung der Landessteuerordnung ist nach Zweck und In-
halt geeignet, den unbilligen Zustand zu verbessern. Der
Württemberg. Landtag wird aufs dringendste ersucht, die Grundlage
des Entwurfs und eine wirksame Stärkung der Einnahmen
kleinerer Städte und Landgemeinden durch beschleunigte gesetz-
geberische Maßnahmen durchzuführen.

Dr. Scholz ruft auf zum Zusammenschluß der Mitte.

Mannheim, 22. März. Nach Erledigung der Begrüßungs-
ansprachen hielt am dem Parteitag der Deutschen Volkspartei
der Parteiführer Dr. Scholz ein großangelegtes Referat über
die politische Lage. Daraus ist besonders bemerkenswert, daß
Dr. Scholz an die bürgerlichen Parteien, die bereit seien,
mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam staatsbehaltende
Politik zu treiben, die Aufforderung richtete, sich zusammen-
zuschließen. Dr. Scholz erklärte, daß für einen solchen Zu-
sammenschluß keine Person und kein Amt in der Partei sein
Hindernis sein würden, wenn neue politische Verbindungen im
Interesse des deutschen Vaterlandes wünschenswert seien.
Dieser Ruf zur Sammlung der bürgerlichen Kräfte der Mitte
fand außerordentlich starken Beifall des Parteitages. Er wird

in unterrichteten Kreisen als bedeutungsvolle politische Aktion
gewertet, zu der bereits die Grundlage durch eine Fühlungs-
nahme zu anderen Gruppen gelegt ist.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei an Hindenburg.

Mannheim, 22. März. Vom Reichsparteitag der Deutschen
Volkspartei wurde unter stürmischem Beifall auf Vorschlag
von Geheimrat Kohl folgendes Telegramm an den Reichsprä-
sidenten abgesandt: Mehr als 3000 zum Reichsparteitag in
Mannheim versammelte Mitglieder der Deutschen Volkspartei
gedenken zu Beginn ihrer Beratungen in entscheidungsschwerer
Zeit des Reichsoberhauptes, des lebendigen Symbols der na-
tionalen Einheit aller Deutschen. Sie erneuern das Gelübnis,
getreu dem von Ew. Excellenz gegebenen hohen Beispiel, das
Gesamtwohl von Volk und Vaterland allem anderen voran-
zustellen und mit allen gleichgesinnten Kräften dem Wieder-
aufstieg des Reiches zu dienen.

3000 Rekruten kommen in die dritte Zone.

Landau, 22. März. Wie wir erfahren, werden für die
französischen Garnisonen der dritten Zone insgesamt 3000 neu
eingezogene französische Rekruten erwartet. Neben dem bereits
gemeldeten Eintreffen von 100 Mann in Zweibrücken trafen
in Landau 2 Sonderzüge aus dem Innern Frankreichs ein.
Der erste Transport bestand aus 250 Mann, die von einem
Offizier und 7 Unteroffizieren begleitet waren. Von diesem
Transport wurden 150 Mann der französischen Garnison in
Germersheim, 15 Mann nach Kaiserslautern und 50 Mann
nach Mainz weitergeleitet. Der zweite Sonderzug brachte
400 Mann, begleitet von einem Offizier und 9 Unteroffizieren.
200 Mann davon blieben in Landau und wurden dem achten
Dragoneregiment zugeteilt, 50 Mann wurden nach Kaisers-
lautern und 150 Mann nach Mainz weitertransportiert. Die
Ankunft weiterer Transporte steht bevor. Auffallend ist es
bei diesen neuen Transporten, daß die Rekruten nicht wie bis-
her in Zivilkleidern bei den französischen Regimenter ankom-
men, sondern bereits eingeleitet.

Das Thüringer Ermächtigungsgesetz. Die Steuerpläne.

Weimar, 21. März. Im Gesetzgebungsanschuß des Land-
tags brachte bei der Einzelberatung über das Ermächtigungsgesetz
die Linke heute wiederum ihre lebhaften Bedenken gegen-
über der Vorlage zum Ausdruck, die sie als verfassungsänderndes
Gesetz bezeichnete, während von der Deutschen Volkspartei
der Standpunkt vertreten wurde, daß es sich nicht um ein
verfassungsänderndes Gesetz handle. Für gewisse kritische Fra-
gen, namentlich in beamtenrechtlicher Hinsicht handele es sich,
wie die Deutsche Volkspartei betonte, um eine Vertrauens-
angelegenheit, d. h. man wolle durch Zustimmung zu dem
Ermächtigungsgesetz der Regierung entgegenkommen. Be-
wiesen wurde dabei auf die von der volksparteilichen Fraktion
in einer Erklärung vor einigen Tagen vorgebrachten Vor-
behalte hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit mit den
Nationalsozialisten. Im Kabinett ist durch Reichsbescheid
eine Einigung über die vorliegenden Steuerprojekte herbei-
geführt worden. Grund- und Gewerbesteuer sind im allge-
meinen unberührt geblieben. Die Mietzinsteuer soll um 6 Prozent
erhöht werden. Außerdem soll die sogenannte Kopfstener in
irgend einer Form fallengelassen werden. Sie soll von den Ge-
meinden in Gehalt eines Verwaltungsabgabenbeitrags erhoben
werden, zu dessen Ausgleichung den Gemeinden gegenüber
gewisse Teile an Steuerüberweisungen einbehalten werden
sollen.

Der Tätigkeitsbericht der Reichspost.

Berlin, 21. März. Dem Reichstag ist vom Reichspost-
ministerium soden ein Tätigkeitsbericht für 1929 vorgelegt
worden. Aus ihm geht hervor, daß das letzte Jahr im Zeichen
des weiteren Ausbaues der in Organisation, Verwaltung und
Betrieb durchgeführten Reformmaßnahmen stand. Ende 1929
waren 4 v. D. aller Hauptanklässe an selbständig betriebene
Bermittlerstellen herangeführt. Auf dem Gebiete der Recha-
nierung, Normung und Typung zeigte sich ein reges Vor-
wärtstreben. Im Rahmen der Bedürfnisse konnten umfang-
reiche Aufträge an die allgemeine Wirtschaft vergeben werden,
die der Arbeitslosigkeit wesentlich fernern. Die Bestrebungen
der Reichsregierung auf wirtschaftliche Verdrängung des
deutschen Oden konnten wirksam unterstützt werden. Der
Gesamtverkehr hat sich im allgemeinen zufriedenstellend ent-
wickelt.

28,2 Millionen Fehlbetrag der Reichsbahn im Januar.

Berlin, 21. März. Wie „Die Reichsbahn“, das amtliche
Nachrichtenblatt der Reichsbahngesellschaft, im Bericht über
die Betriebsergebnisse der Reichsbahn im Monat Januar
1930 mitteilt, beliefen sich die Einnahmen auf zusammen
300,625 Millionen RM. Die Ausgaben betragen 328,822 Mil-
lionen RM. Der durch die Einnahmen des Berichtmonats
nicht gedeckt Betrag von 28,2 Millionen RM. wurde zu-
nächst dem Vortrage des Vorjahres entnommen. Der Verkehr
habe im Januar auf der Reichsbahn über den alljährlich
üblichen Rückgang hinaus nachgelassen.

Die Verabschiedung des Finanzprogramms der Regierung.

Berlin, 22. März. Verschiedene Zeitungen sprechen davon,
daß in parlamentarischen Kreisen damit gerechnet werde, daß
das Finanz- und Steuerprogramm der Reichsregierung bis
etwa zum 10. April verabschiedet werden solle. Die von zu-
sätzlicher Seite verlautet, mag derartiges wohl in parlamen-
tarischen Kreisen besprochen worden sein, in Regierungskreisen
ist dagegen nur die Absicht vorhanden, das Programm um den
1. April herum zur Verabschiedung zu bringen. Es ist übr-
gens auch in der Weltung die Rede davon, daß die Steuer-
rückwirkende Kraft bekommen sollten. Für die Biersteuer
kommt das aber keinesfalls in Betracht.

Ausland.

Tardien zur Sanktionsfrage.

Paris, 22. März. Dem offiziellen „Petit Parisien“ zufolge hat sich der Ministerpräsident eingehend mit der sogenannten Sanktionsfrage beschäftigt. Tardien soll darauf hingewiesen haben, daß im Haag ein wesentlicher Vorteil Frankreichs erreicht werden sei, und zwar deshalb, weil nunmehr die „Sanktionen“ nicht mehr isoliert, sondern isoliert vorgenommen werden könnten. Der Verfasser Vertrag stände nach wie vor in Kraft. Deutschland habe nicht das Recht, sich gegen „Sanktionen“ aufzulehnen. — Ob diese Darstellung des „Petit Parisien“ stimmt, läßt sich nicht nachprüfen. In keinem anderen Blatt als in dem genannten wird überhaupt davon gesprochen, daß Tardien in der Finanzkommission die Sanktionsfrage veräußerte.

Die afrikanische Krise.

London, 22. März. Die afrikanische Krise der Sezessionskonferenz ist seit gestern akut geworden. Zunächst ließ Tardien mitteilen, daß er nicht, wie er gehofft habe, heute nach London zurückkehren könne, und auch Briand will nicht wieder kommen. Dabei sind die 3 übrigen französischen Hauptdelegierten gestern auch nach Paris gefahren, so daß Frankreich nur noch durch den Londoner Vorkämpfer de Klerjan auf der Konferenz vertreten ist. Diese Haltung wird damit begründet, daß Frankreich sein letztes Wort gesprochen habe und keine weiteren Verhandlungen führen könne, wenn nicht vorher Italien von seiner Forderung der Flottengleichheit mit Frankreich absteht. Dann besteht aber trotz der angekrehten Bemühungen der englischen und amerikanischen Delegierten so gut wie gar keine Aussicht. Die Folge ist, daß die Bemühungen um einen Fünftmachtvertrag vorläufig zum Stillstand gekommen sind.

Der Alindische Kongress für Gandhi.

London, 22. März. Der Alindische Kongress hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, daß die Kampagne des passiven Widerstands in dem Augenblick beginnen soll, wo Gandhi — vermutlich in 14 Tagen — das Salzsteuergesetz übertreitet. Sollte Gandhi jedoch verhaftet werden, so würde die Kampagne sofort beginnen. Bisher hat es aber nicht den Anschein, als ob sie viel Erfolg haben würde, denn nur in den Crischaften, die Gandhi auf seinem Marsch besucht hat, zeigte die Bevölkerung größeres Interesse. Der Präsident des Kongresses, Motilal Nehru, hat sich von der Bewegung zurückgezogen und wird nach England reisen.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 20. März. Die hiesige Ortsgruppe des Bezirks-Ost- und Gartenbauvereins hielt am gestrigen Samstag im Lokal „Schiff“ ihre Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreuen durfte. Nach herzlicher Begrüßung der Erschienenen durch Vorstand A. Scherer, in welcher er seiner Freude über den guten Verlauf trotz anderweitiger Veranstaltungen Ausdruck verlieh und besonders Stadtschultheiß Knobel auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksvereins willkommen hieß, erläuterte derselbe in ausführlicher Weise den Jahresbericht. Ein äußerst arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns. In 2 Versammlungen und 11 Ausflügen wurden die anfallenden Geschäfte erledigt. Der Ausschuss habe besonders eine reiche Betätigung erhalten müssen. Im Laufe des vergangenen Jahres haben stattgefunden ein Ausflug auf den Augustenberg und in den Stadtgarten Karlsruhe, die Mitwirkung mittels eines Festmangens beim Heimattag, die Herbst-Obst- und Blumenstände mit Lichtbildervortrag, wobei die Ortsgruppe einen schönen Erfolg suchen konnte, 2 Vorträge mit deutlicher Unterweisung im Baumschnitt durch Obstbauinspektor Diller. Weiter ist zu erwähnen die Bekämpfung der Obstschädlinge durch die Winterprüfung und der Weg von Torf und Kalk. Der Mitgliederbestand beträgt 126; 8 Austritten finden 11 Neuannahmen gegenüber. Der Vorsitzende bemängelte anfänglich, daß der Ausschuss nicht immer die nötige Unterstützung seitens der Mitglieder erfahren dürfte, was sich besonders beim Heimattag wie auch anfänglich bei der Ausstellung gezeigt habe. Die Mitglieder sollten sich der schwereren Aufgabe des Ausschusses bewußt sein. Der Vereinsgarten habe für den Ausschuss eine vermehrte Arbeit gebracht. In der sich anschließenden regen Aussprache über den Geschäftsbericht wurden verschiedene Wünsche und Anregungen vorgetragen, die nach Möglichkeit berücksichtigt werden sollen. Auch das Auftreten des Wittertes wurde eingehend besprochen und durch Stadtschultheiß Knobel über dessen Bekämpfung durch Beseitigung der betr. Straucher oder Bäume, welche den Ders dieser gefährlichen Blausporenbildung bilden, nähere Erläuterungen gegeben. Weiter schlug dieser vor, daß man bei

wichtigen Veranstaltungen auch die Plakatfalten benützen möge. Der hiesige Ortsgruppenleiter Schönbaler erklärte, daß er auch in diesem Sinne an den Ausschuss herantreten möchte. Der Vorsitzende dankte für die Anregung und versprach, dies dem Ausschuss mitzuteilen. Der Vorsitzende dankte auch für die Anregung, daß der Ausschuss die Plakatfalten benützen möge. Der hiesige Ortsgruppenleiter Schönbaler erklärte, daß er auch in diesem Sinne an den Ausschuss herantreten möchte. Der Vorsitzende dankte für die Anregung und versprach, dies dem Ausschuss mitzuteilen.

Oben a. Gnz, 23. März. Dieses Jahr werden hier konfirmiert bzw. von der Schule entlassen 13 Knaben und 6 Mädchen, von Rotenbach 3 Mädchen. Diesen stehen hier 20 Schulfreuten gegenüber, so daß die Schülerzahl fürs neue Schuljahr gleich bleibt. Der schwächste Kriegsjahrgang, 4 Knaben und 2 Mädchen, wird in 2 Jahren an die Reihe kommen. Von den diesjährigen Konfirmationsknaben werden sämtliche ein Handwerk lernen, einer hier, die andern bei auswärtigen Firmen. — An einem Auto aus Vertten, das mit 2 Personen besetzt war, sprang in der Nähe der Öfenbrücke ein Keil von einem Vorderrad. Nur dem Umständen, daß der Wagen ein sehr mäßiges Tempo fuhr, ist es zu danken, daß die Insassen nicht verletzt wurden. Nach einigen Stunden Reparatur war das Vehikel wieder flott. — Auch in der Vogelwelt zeigen sich die Folgen der letzten kalten Tage. Die Staren die schon längere Zeit fleißig in ihren Nisten gesichtet haben, sind bereits wieder von ihren Konkurrenten, den Spagern, aus ihrem Heim vertrieben. Hoffentlich werden die freien Eindringlinge (Hausfriedensbrüche!) bald wieder hinausgeworfen.

Kreuz und quer durch Deutschland.

Die Reisen eines Fassadenkletterers.
Als gewandter Turner und tüchtiger Soldat war der im Jahre 1918 in die Reichswehr eingetretene ehemalige Schneiderlehrling Johann Jordan, geboren am 11. Juli 1889 in Groß-Gorsdorf bei Karlsruh, bekannt. Der Regimentskommandeur sah ihn nur ungern scheiden, als im Jahre 1926 der Mann auf Betreiben seiner Frau den Dienst quittierte, um in einem bürgerlichen Beruf mehr zu verdienen. Jordan ließ sich in Königsberg (Ostpreußen) als Kasser nieder und kam im Laufe des Jahres 1926 nach Wiesbaden. Die betätigte er sich aber mehr als Fassadenkletterer denn als Kasser, und gab Hochspielrollen mit Erfolg in Wiesbadener Säulern und in Kammstücken. Er wurde dabei aber abgefaßt und vom Wiesbadener erweiterten Schöffengericht zu einer Zwangsstrafe von 3 Jahren verurteilt. Während der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Jordan als Wädiger bereits wegen Diebstahls mit 2 Monaten Gefängnis verurteilt war und im Jahre 1917 wegen schweren Diebstahls 2 Jahre Gefängnis im hiesigen Reichsgefängnis bekommen, außerdem auch in Königsberg einen ganzen Strauß ähnlicher Straftaten begangen hatte. Er wurde deshalb nach seiner Verurteilung in Wiesbaden nach Königsberg abgeholt und vom dortigen Strafgericht zu einer Gesamtzuchthausstrafe — einschließlich der Wiesbadener Strafe —

von 10 Jahren verurteilt. Man brachte ihn in die Strafanstalt Bartenburg in Ostpreußen, wo er mit gärtnerischen Arbeiten beschäftigt wurde. Als er am 11. Juni 1929 Gartenarbeiten zu verrichten hatte, benutzte er eine günstige Gelegenheit und floh. Auf seiner Wanderung kam er Anfang Juli an die Ostsee nach Stolpmünde. Um seine Kasse aufzufischen, begann er wieder mit seiner Fassadenkletterei und stahl dort in verschiedenen Räumen Bargeld. Als Vergeltungsmaßnahme wurde er dann in Stolp, Köslin und Kolberg, als Baderast in Rinnow, wo er ebenfalls eine Reihe Einbruchdiebstähle anführte. Auch in Stolp soll er „gewirkt“ haben. Von Stettin ging er über Berlin und Köln nach Bonn. Ueberall trat er als „Brandstifter“ auf. Von Bonn fuhr er über Mainz, Wiesbaden nach Wildbad und Baden-Baden. Hier trat er als Kurgast auf und machte einen Hofbesuch nach Dersenthal. In Dersenthal erreichte ihn sein Schicksal. In dem ruhigen Baderort lag er in einem größeren Hotel in ein im ersten Stock öffentliches Zimmer ein und stahl, was er just vorband. Der Zimmerbewohner aber besand sich im Zimmer und schlief. Durch das Geräusch warb er auf, nahm Jordan fest und übergab ihn der Polizei. Vor dem Amtsgericht Neuenbürg sollte im Schnellverfahren die Aburteilung erfolgen. Tags zuvor aber rief er wieder aus und verschwand in den Wäldern des Schwarzwalds. Er kam unangefochten nach Kienlingen und Karlsruhe und nahm auch gleich wieder seine altergewohnte Tätigkeit auf. Seine Beute war erbeblich. Von Karlsruhe reiste er nach Mannheim, Heidelberg und Darmstadt. In Darmstadt gelang ihm ein ganz großartiger Raubzug. Wertvolle Juwelen usw. stahl er, verpackte den Raub in einem Koffer und fuhr nach Frankfurt. In der Gepäckaufbewahrung im Bahnhof stellte er den Koffer ab. Einige der gestohlenen Schmuckstücke steckte er sich in die Tasche. Dann legte er seine Reise nach Mainz fort. Der Boden schien ihm aber nicht günstig genug. In Wiesbaden hoffte er mehr zu finden. In die Wohnung des britischen Kommissars der „Jes“ flieg er eines Abends ein und holte sich ein goldenes Armband und sonstige Wertgegenstände. In Sonnberg verlor er bei einer Dame einzuwerden; dieser Verlust aber mißlang. Ebensovonnig hatte er in Etville Erfolg. Inzwischen war ihm das Geld ausgegangen und er schritt zur Veräußerung eines Schmuckgegenstandes, der aus dem Darmstädter Diebstahl kam. Der Althändler, dem Jordan den Schmuck anbot, war mißtrauisch. Er beschneidete die Polizei, die den „Aufreißer“ ab, da er sich nicht genügend ausweisen konnte, schloß sich. Im Ermittlungsverfahren kamen dann die Verfehlungen Jordans ans Tageslicht. Er war geständig. Der Koffer im Frankfurter Bahnhof wurde gebolt. Die Schmuckstücke konnten dem Hehler wieder zugesellt werden. Der Inhalt des Koffers glied dem Musteroffer eines Juweliergeschäftes. Am Freitag fand Jordan vor dem erweiterten Schöffengericht Wiesbaden. Anfanglich simuliert er den Geisteskranken, doch tante er mit der Zeit auf, wurde geschädigt und gab schließlich alle Verfehlungen zu. Entschieden wehrte er sich nur gegen die Anschuldivung, in Kienlingen einen Einbruch zu verüben und in Stolp einen Einbruchdiebstahl ausgeführt zu haben. Diese beiden Vergehen wurden dann auch vom Staatsanwalt an dem großen Sündenregister des Angeklagten abgelegt. Das Gericht verurteilte Jordan wegen 11 schwerer Diebstähle, 2 verflüchtiger Diebstähle und eines einfachen Diebstahls in strafwürdigen Rückfälle zu einer Zuchthausstrafe von 7 Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre. Während der Urteilsverkündung verneinte Jordan die Verurteilung und erklärte, daß er Königberger Urteils hat der Angeklagte außerdem noch in verüben.

Württemberg.

Stuttgart, 21. März. (Pensionsliste für Körperverletzten.) Die Pensionsliste für Körperverletzte brachte im Rechnungsjahr 1927 (1. April 1927 bis 31. März 1928) 2.531.433,88 an Einnahmen und 2.768.114,88 an Ausgaben, so daß sich ein Einnahmendifferenz von 236.680,94 ergibt. Das Vermögen der Pensionskasse betrug am 31. März 1928 2.821.000,00. Der Pensionskasse gehören an 1916 Beamte im Dienst (im Vorjahr 1901), 1917 Beamte im



vorbeugen!

Leicht ist eine Erkältung da, schwer sind die Folgen. Stets ein paar Wybert nehmen!

Wybert

In Apotheken und Drogerien RM. 1.25 u. 70 Pfg.

Die Brandstifterin

Roman von Erich Eberstein

37. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
Über aller Augen sind auf sie gerichtet und die Nachbarin fragt ganz unbefangen: „Na, warum sieht denn nicht nieder? Bist du noch wachser?“
Da legt sie sich wie im Traum auf den leeren Stuhl zwischen die Nachbarin und Brigitte.
Jah im selben Augenblick aber steht diese demonstrativ auf, wirft dem Großreicher einen auffordernden Blick zu und sagt so laut, daß es die Umstehenden hören können: „So eine Unverschämtheit hab ich mein Leben noch nicht gesehen! Glaubst die Zuchthäuserin vielleicht, daß anständig Leute mit ihr am selben Tisch sitzen mögen?“
Dabei bohren sich ihre schwarzen Augen mit stehendem Blick förmlich in Julas weiches Gesicht ein.
Jula erwidert weder den Blick, noch die Beleidigung. Ihre Augen suchen nur den Großreicher, gespannt, erwartungsvoll.
Er sitzt da wie aus Stein gehauen. Keine Muskel zuckt in seinem Gesicht. Der Blick, den er auf die Tischplatte gebietet hat, ist hart und unbewegt.
„Großreicher,“ sagt da Jula mit schwerer, ernster Stimme, „hast nicht gehört, was deine Haushälterin mir gesagt hat?“
Ohne aufzublicken, antwortet er: „Freilich hab ich's gehört. Bin ja nit taub.“
„Und — und — du weißt sie nicht zurecht?“ ruft sie jäh aufspringend.
Seht endlich schlägt er die Augen zu Jula auf. Sein schärfer Adersblick hat etwas Flammendes.
„Wieso zurechtweisen?“ sagt er kalt. „Sie hat ja recht! Mit so einer wie du — die gefessen ist, mag halt nit jeder am selben Tisch sitzen! Mich wundert, daß eine dir was erst sagen muß. Könnte es wohl selber besser wissen, daß du's Recht verweigert hast, ungescholtene Leute wie deinergleichen anzusehen!“

Wie trostlose Felsbroden, die jermolmen sollen, poltern die Worte über seine Lippen, während zugleich in seinem Innern eine schmerzliche Stimme klagt: „Du sagst ihr so harte Worte? — Grad du?“
Aber seine Worte jermolmen Jula nicht. Wohl jaht es einen Augenblick kampfhaft über ihr Gesicht wie langsamlos Bestürzung und tiefer Schmerz. Dann aber werden ihre Züge hart wie die des Großreicher und, dicht an ihn herantretend, sagt sie so kalt wie er: „Das traut dich mit in's Gesicht zu lagen — du?“
„Warum —?“
„Schämest du dich in deine Seel hinein, Großreicher!“ fährt Jula verächtlich fort. „Und das sag ich dir jetzt hier vor allen Leuten: Wenn ich auch im Zuchthaus gefessen bin und meine auswendige Ehr dadurch verloren habe — mit dir ging ich trotzdem nit tauschen, denn du hast heute deine Inwendige — die wahre — Ehr verspielt! Und so reich du bist und so viel du gibst vor den Leuten — für mich bist du doch nur ein schlechter, ehrloser Mensch!“
Der Großreicher ist aufgesprungen, jahl bis in die Lippen und stierend an allen Gliedern vor Jora.
„Kimm das zurück — du! Auf der Stelle nimmst es zurück!“ schreit er außer sich, die zur Faust geballte Hand unwillkürlich erhebend, als wolle er Jula zerschmettern damit.
Sie zuckt weder, noch weicht sie zurück. Hochaufgerichtet, den flammenden Blick fest auf den Großreicher gerichtet, steht sie da.
Und es ist etwas so Ueberlegenes, Gebieterisches in ihrer Haltung, ein so heillos zwingender Ausdruck in ihrem Blick, daß des Bauers Hand plötzlich schlaff herabsinkt.
„Rein, ich nehm nichts zurück! Denn was ich gesagt hab, ist die Wahrheit!“ sagt Jula. Dann wendet sie sich an die Nachbarin. „Ich werde Euch drauhen hinterm Haus erwarten, Bäuerin. Hier nimmst mir die schlechte Luft völlig den Atem.“
Und erhobenen Kopfes schreitet sie hinaus. Die Nachbarin gliokt ihr verdäunstonlos nach. Sie hat von der ganzen Szene nichts verstanden, als daß man der Jula ihre

Zuchthausstrafe vorgeworfen hat und sie das Feld räumt. Und da sie im selben Augenblick den Hammer Poßel antauchen sieht, der luhend hereinjahl und dann auf sie zukommt, denkt sie gar nicht weiter an die Sache.
Ueber die Bauern aber, die dem Gespräch Julas mit dem Großreicher in atemloser Spannung gelokt sind und förmlich erstarrt waren über die unerhörte Dreistigkeit der Ketten-Hieslin, kommt es jetzt wie Erwaehen.
Laut und erregt schwirren die Meinungen durcheinander. Am empörtesten sind die Weiber. „Auf's Maul schlagen hält er sie sollen der Großreicher, die unverschämte Person! Auf ja rein den Verstand verloren haben! Und braa war's von der Brigitte, daß sie ihr's gezeigt hat, was man von ihr denkt!“
Dann räden sie plötzlich alle zusammen. „Komm her, Großreicher, und du auch, Brigitte! Sitz nieder bei uns! Denk nitmer an die verrückten Reden der Kärrin, Großreicher. Wirf dich doch nit ärgern darüber! Schau, da kommt dein Esen — daher stell's, Kichenwirt, auf untern Tisch! Geschwind, Großreicher, laß deinen Schweinsbraten nit kalt werden!“ so rufen sie ihm zu.
Der Großreicher, der noch immer dastekt und verwirrt nach der Tür starrt, durch die Jula verschwunden ist, hört alles nur im Traum.
Mechanisch folgt er dann der Brigitte an den Großbauertisch, mechanisch ist er, mechanisch gibt er Rede und Antwort.
Aber in seinem Innern ist ein einziger bohrender Gedanke: Wie kann sie mich einen schlechten, ehrlosen Menschen heißen? Was?!
Und dann benutz er die erste Gelegenheit, um aufzustehen und hinauszugehen.
Hinterm Haus wird sie auf die Bäuerin wartend, hat sie gefagt. Und da will er sie fragen, wie sie dazu kommt, ihm die Ehr abznmpfen. Eher hat er keine Kasse, eher er was nicht weiß.

Kabsband (S. S. 197), 87 Unterf...
Stuttgart, 21.
Der Stadtvorwaltung...
Kas und Lebenswille...
Trichinerkrankung...
Heilbronn, 22.
Wie schon kurz gen...
Tübingen, 22. M...
Entingen 21. M...
Ebingen, 23. M...
Illm, 22. März...
Eppenan, 21.
Kremsheim, 23.

Das Ergebnis des Parteitag in Mannheim.

Berlin, 23. März. In der Berliner Presse herrscht, soweit sich das aus den bisher vorliegenden Äußerungen beurteilen läßt, eine gewisse Enttäuschung über den Ausgang des Mannheimer Parteitages. Man hatte sich die Dinge dramatischer gedacht: kein Biegen, sondern ein Brechen, eine Ausrufung der gegenwärtigen Reichscoalition. Nun wurde in Mannheim eine eigentliche Entscheidung nicht getroffen. Man hat der Reichstagsfraktion in gewissem Umfang freie Hand gelassen und will in dieser Woche noch einmal versuchen, die dringenden Notwendigkeiten von Staat und Wirtschaft im Verein mit der Sozialdemokratie durchzusetzen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung ist der Meinung, daß man, da die Reichstagsfraktion an die Beschlüsse des Zentralausschusses und des Zentralvorstandes und die Willensmeinung des Parteitag gebunden ist, immerhin von einem Ultimatum sprechen könne. Die Deutsche Allgemeine Zeitung verweist auf die sehr bedeutenden Äußerungen des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag, Dr. Brüning, in Köln und meint, daß die kommende Woche zeigt, wie die Sozialdemokratie auf die Mahnungen der Volkspartei und des Zentrums antwortet. Die Stellung der bürgerlichen Parteien kann sehr hart sein, wenn sie nur wollen. Ganz ähnlich sagt der Berliner Börsen-Kurier. Dr. Schulz hätte keine Bereitschaft betont, in der jetzigen Koalition auszuhalten, solange die grundsätzlichen Forderungen der Partei nicht in Gefahr kämen. Zugleich hätte er die Notwendigkeit eines bürgerlichen Zusammenschlusses klarer und härter, als dies je geschehen sei, dem Parteitag zum Bewußtsein gebracht. Damit ist eine der wichtigsten innerpolitischen Entscheidungen gefallen, die die Hoffnung erweckt, daß das Bürgerrecht, anstatt sich unfruchtbar beseite zu halten, mit letzter Entschiedenheit seinem Ziele zutreiben wird.

Eine Warnung Brünings.

Köln, 23. März. Auf der Tagung der Rheinischen Zentrumspartei sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion Dr. Brüning. Er führte dabei aus: „Neben eines wollen wir uns klar sein: Vielleicht werden wir in 2 oder 3 Jahren nicht mehr die Youngplanungen aufbringen können, wenn wir weiter im Reich, Ländern und Gemeinden die bisherige Ausgabenpolitik fortführen. Aber eine Erleichterung kriegen wir dann unter keinen Umständen von den Gläubigermächten, sondern ich befürchte, wenn wir eine solche Finanzpolitik machen, nachdem wir nunmehr die Freiheit unserer Finanzpolitik erkauft haben, daß uns unangenehme Ueberforderungen von außen her bedrohen. Wir werden dann auch wieder kapitulieren müssen, wenn wir nicht den Mut zur Verantwortung aufbringen, aus unserer Freiheit eine die Interessen der Wirtschaft und der Arbeiterchaft, der Landwirtschaft und des Mittelstandes berücksichtigende Finanzpolitik zu machen. Steuererhöhungen seien nicht zu umgehen, um die Zantierung herbeizuführen. Unseres Erachtens haben wir nicht genügend dem Ausland bei geeigneten psychologischen Anlässen gesagt, daß unsere Leistungen nicht beruhen auf einer freiwilligen Anerkennung an-

ferer Schuld, sondern daß sie ein Diktat sind und daß auch die neue Last nach sorgfältiger Ueberlegung als Diktat angesehen werden muß. Das sagen wir nicht im Sinne der Nationalsozialisten, nicht im Sinne des Herrn Eugenberg, sondern vorzüglich im sorgfältig gewählten Augenblick muß das ausgesprochen werden, denn wenn wir auch lokal erfüllen, der Kampf um unser Recht und unsere Ehre ist damit unter keinen Umständen abgeschlossen worden.“

Vorschuß von der Kreuger-Anleihe.

Berlin, 23. März. Das Reichsfinanzministerium hat vor einiger Zeit Verhandlungen mit einer amerikanischen Bankfirma eingeleitet, die die Bevorschussung der Kreuger-Anleihe zum Ziele haben. Die Zahlungsnahme ist bereits soweit gegeben, daß der endgültige Abschluß als unmittelbar bevorstehend bezeichnet werden kann. An den Verhandlungen war der Reichsbankpräsident Dr. Schacht in hervorragender Weise beteiligt. Die zur Bevorschussung in Aussicht genommene Bedingungen entsprechen der gegenwärtigen Verfassung der internationalen Geldmärkte und sind recht günstig. Die Kreugeranleihe bildet bekanntlich einen Bestandteil des mit dem schwebenden Jändholzungsvor Kreuger abgeschlossenen Monopolvertrages. Der Betrag von 200 Millionen Mark soll dem Reich für den Fall der Ratifizierung des Neuen Planes durch alle beteiligten Mächte in 2 Raten, und zwar 100 Mill. Mark am 1. August 1930 und 100 Mill. Mark am 1. Mai 1931 in Form einer langfristigen Anleihe zur Verfügung gestellt werden. Die Ausfuhrung dieser Beträge auf dem Weg der Bevorschussung hat von Anfang an auf dem Finanzprogramm gestanden. Wenn der Zwischenschritt zur Auszahlung gelangt, steht noch nicht endgültig fest, jedenfalls ist die Finanzierung des Quartals-Ultimos bereits auf anderem Wege vollständig sichergestellt. Wesentlich vereinfacht wurde die Bereitstellung der auf den 31. März benötigten Beträge durch den Flotten Abzug, den die einjährigen Reichsschuldenanweisungen mit Fälligkeit vom 15. Januar, 15. Februar und 15. März gefunden haben.

Tariferhöhungen der Reichsbahn.

Berlin, 23. März. In dieser Woche wird der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft zusammentreten, um über die Finanzlage des Unternehmens zu beraten und im Zusammenhang damit, wie schon jetzt feststeht, auf schleunige Bewilligung der Forderungen auf Tariferhöhung zu dringen. Ueber die schon in der Öffentlichkeit bekannten Ziffern der hinter den Voranschlägen zurückbleibenden Einnahmen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres hinaus hat auch im laufenden Monat stark die schlechte Entwicklung der Eisenbahnverkehrsangeboten. Bis zum 20. März blieben auch in diesem Monat die täglichen Einnahmen um mehr als eine Million hinter dem Soll zurück, und zwar sowohl im Personen- wie im Güterverkehr. Dabei sind die saisonmäßigen Schwankungen in diesen Berechnungen bereits berücksichtigt und man stellt sich bei der Reichsbahn schon jetzt darauf ein, daß infolge

der Wirtschaftslage auch in den kommenden Monaten mit der erwartenden Belebung des Verkehrs doch die Unterschiede zwischen den Voranschlägen und den tatsächlichen Einnahmen ungefähr die gleichen bleiben werden wie bisher. Infolgedessen muß man an die Regierung die dringende Forderung richten, dieser Forderung der Reichsbahn durch Bewilligung von Tariferhöhungen unterzählig Rechnung zu tragen.

Weitere Mäßigung in Moskau.

Moskau, 23. März. Den einschneidenden Maßnahmen Stalins zur Bremsung der landwirtschaftlichen Produktionsbewegung und zur Verhütung der bäuerlichen Stimmung folgte gestern ein neuer Erlass Kalinins im Namen des Zentral-Exekutivkomitees, der eine erhebliche Eindämmung der für das letzte Jahr hochsprechende Welle neuer revolutionärer Katalysität bedeutet. Dieser Erlass wird zweifellos zur Verhütung der Stimmung in Stadt und Land erheblich beitragen. Er betrifft die Leute, denen das politische Stimmrecht entzogen ist. Die Praxis der letzten Zeit, wie sie durch die radikalen Elemente der nördlichen Sowjets betrieben wurde, hatte dazu geführt, daß das Wahlrecht auch vielfach Leuten entzogen wurde, denen es bei genauer Anwendung der Sowjetverfassung hätte gelassen werden müssen. Außerdem hatten aber die radikalen Wähler für die Stimmentreuen noch allerlei zu wahlende Nachteile in ziemlich unbeschränkter Willkür verfügt. So vor allem die Entziehung der Lebensmittellkarten, die Anweisung aus Wohnungen, die Verweisung der Kinder von den Schulen und ähnliches. Auch unter den Kleinbauern ist von bösem Blut erregt worden, indem man sie, wenn sie sich gegen die Kollektive stellten, einfach zu Anstalten erklärte, sie politisch entrechtete und vertrieb. Mit allen diesen Mißständen räumte der heutige Erlass auf. Er ordnet an, daß die Entziehung des Wahlrechts nur durch Bezirks-Exekutivkomitees oder Stadtkomitees erfolgen kann und nicht durch untere Organe. Außerdem wird sofortige Nachprüfung aller Beschwerdenfälle und Revision aller politischen Stimmentreuen angeordnet.

Sportliste.

Fußball. Runde der Meister: S. f. R. Stuttgart - Sp. Sgg. Fürtz in Stuttgart vor mehr als 15.000 Zuschauern 4:1. Eintracht Frankfurt - F.C. Freiburg 4:1. Bayer München - F.C. Worms 2:3. Sp. S. Mannheim-Walldorf - Borussia Worms 2:1. Runde der Zweiten und Dritten: KSt. Südost 1. F. R. Nürnberg - S.W. Nürnberg 6:2. Phönix Karlsruhe 1900 München 6:1. Jahn Regensburg - Union Höttingen 4:1. Abt. Nordwest: F. Sp. B. Frankfurt - F. W. Saarbrücken 3:0. Sportfreunde Saarbrücken - Sp. B. Wiesbaden 2:3. S. f. R. Neu-Nürnberg - S. f. R. Neckarau 4:3. Privatspiele: F.C. Vorzheim - Germania Brötzingen 2:1. Stuttgarter Kickers - F.C. Erlangen 2:2. Phönix Karlsruhe - Karlsruher F. B. 0:2. F.C. Konstanz - Sp. Sgg. Schramberg 4:2. S. f. R. Vorzheim - F.C. Vorzheim 6:1. A-Klasse: F. W. Neuenburg - F.C. Königsbach 0:1. W.

Gewerbe(schule) Neuenbürg. Aufforderung zur Anmeldung.

Der Unterricht im Schuljahr 1930/31 beginnt am Montag den 7. April 1930.

Sämtliche in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben der Stadt Neuenbürg beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen sind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr schulpflichtig. Probezeit entbindet nicht von der sofortigen Anmeldung. Lehrstellenlosen Schülern wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, sich bei Schulbeginn anzumelden.

In auswärtigen Gemeinden beschäftigte Lehrlinge werden ebenfalls aufgenommen. Es haben zu erscheinen:

1. Neueintretende Schüler: Montag den 7. April, nachmittags 2 Uhr.
2. Die Schüler der jetzigen Kl. I, jetzigen Klasse II: Mittwoch den 9. April, vormittags 8 Uhr.
3. Die Schüler der jetzigen Kl. II, jetzigen Klasse III: Dienstag den 8. April, vormittags 8 Uhr.

Den Eltern der neu eintretenden Schüler wird empfohlen, die erforderlichen Lernmittel erst anzuschaffen, wenn der Klassenlehrer dazu auffordert.

Ausdrücklich wird auf nachstehende Bestimmungen des Gesetzes über die Gewerbe- und Handelsschulen hingewiesen. Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet:

1. ihre zum Besuch der Gewerbeschule verpflichteten Betriebsangehörigen spätestens am vierten Tag nach ihrem Eintritt beim Schulvorstand schriftlich anzumelden und in gleicher Weise spätestens am vierten Tag nach dem Austritt abzumelden;
2. ihnen die zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zu pünktlichem und regelmäßigem Besuch anzuhalten und diesen zu überwachen.

Zu widerhandlungen werden nach den gesetzlichen Bestimmungen bestraft. Ueber die Schulverhältnisse bestimmt § 15 der Vollzugsverordnung zum Gewerbeschulgesetz:

Die Schüler dürfen den Unterricht ohne zwingenden Grund weder ganz noch teilweise versäumen.

Ist ein Schüler durch Krankheit am Besuch des Unterrichts verhindert, so ist es Aufgabe des Gewerbeunternehmers, bei dem er beschäftigt ist (bzw. wenn er nicht in Arbeit steht, der Eltern oder des Vormunds), ihn bei seinem Wiedereintritt in der Schule zu entschuldigen; erstreckt sich die Krankheit über zwei Schultage hinweg, so hat die Entschuldigung spätestens am zweiten Schultag beim Schulvorstand zu erfolgen.

Soll ein Schüler aus dringenden Gründen vorübergehend vom Besuch der Schule befreit werden, so ist dem Schulvorstand vorher, wenn möglich durch Vermittlung des Schülers selbst, ein schriftliches Befreiungsge such vorzulegen, das vom Gewerbeunternehmer (bzw. den Eltern oder dem Vormund) auszugehen hat. Das Gesuch muß so begründet sein, daß ohne weiteres beurteilt werden kann, ob die Beurteilung des Schülers zulässig ist.

Geschäftliche Inanspruchnahme kann nur in Ausnahmefällen, auswärtige Arbeit in der Regel nur dann als ausreichender Entschuldigungsgrund angesehen werden, wenn der Schüler durch den Besuch der Schule mehr als einen halben Tag an der Arbeit versäumen mußte.

Neuenbürg, den 24. März 1930.

Der Schulvorstand: Dipl.-Ing. Kelle.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Sitzung d. Gemeinderats am Dienstag den 25. März, nachm. 6 1/2 Uhr.

- Tagesordnung:
1. 3 Rechtsfachen.
 2. Ortsbauplanangelegenheiten.
 3. Ferngasversorgung.
 4. Rechnungsfachen.
 5. Sonstiges.

Stadtschultheiß Knodel.

Neuenbürg.

Jüngeres Mädchen

zum sofortigen Eintritt gesucht. Zu erfragen bei der Engländer-Geschäftsstelle.

Birkenfeld.

Verkaufe ein schönes



Rind, 8 Monate alt, um den Tagespreis.

Hauptstraße 14.

Lastwagen-Anhänger,

2 1/2 bis 3 Tonnen Tragkraft, günstig zu verkaufen.

Otto Hummel, Schmiede-Werkstätte, Pforzheim, Gymnasiumstraße 30.

Betr. Adress- und Geschäfts-Handbuch für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Von den ausgegebenen Fragebogen an die titl. Stadt- und Schultheißenämter stehen noch 19 aus; wir bitten dringend um baldige Erledigung, damit die bereits begonnene Arbeit keine Verzögerung erleidet.

Auch von den Fragezetteln an die HH. Vorstände der Beamtungen und jene der Vereine fehlt noch eine größere Zahl. Wir legen Wert darauf, daß das Adressbuch möglichst lückenlos zur Ausgabe gelangt und bitten auch hier um baldige Erledigung. Wo Fragezettel vielleicht verloren gingen, bitten wir, solche anzufordern.

Weiter bitten wir die

Besteller von Inseraten

um umgehende Zusendung der Texte.

C. Neeh'sche Buchdruckerei, Inh. D. Strom.

Herrenalb, den 22. März 1930.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Großonkel

Gustav Seufer

ist nach längerem, schweren Leiden heute mittag 3 Uhr im Alter von 67 Jahren sanft verschieden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

K. Seufer, Sägewerkbesitzer.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Dr. Böcker verreist.

Verkaufe:

2 gl. pl. Bettst. m. Kost 50 M., pol. Waschkommode m. Marm. 35, m. Spiegelaufsatz 75 M., pol. Schrank 25—45 M., lack. Schränke 18—30 M., gebr. u. neue Tische 6—20 M., Kitchenschrank 16 M., vollst. Betten 45/65—120 M., Einz.-Bettst., Kiste, Matr., Sofa 25—45 M., Schlafz. in wsl. u. birken lack. 250—300 M.

Schöttle, Pforzheim, Theaterstr. 4.

Acker

in Schwann, 15 a 30 qm, ist aus dem Nachlaß des Herrn Viktor Neckarsalm preiswert zu verkaufen. Liebhaber wollen sich melden bei:

Wilh. Bajard, Treuhandbüro, Pforzheim, Emilienstr. 14

Sämtl. Delikatessen

Dessertarten, Lachs
Appetitjule
Mayonnaise

E. Lindemann
Neuenbürg, Tel. 191.

Berlin, 23. März. In dem es nun den Planen, mens durch die vllständen an. zu bemühen, n gebauten Frei- Verpflichtung schrift des Der nichts. Der des deutschen Soldat der al Verantwortun Geschlechter h das Frontla

Dr. Steger

Wiesbaden

der Zentrum über das Thes Reparationse sein Mensch fa sei oder nicht. denheit, daß i töme. Es h Deutschland ein züräumen gem Deutschland bei 500 Millionen werden müssen. Kasandschulde bestimmt mehr den wären; das in Deutschland daß wir in h hätten einrichti Sagen des n müßig. Auch Stand der Di Nein gefagt. gegenwärtige zurück auf bos 1928, auf die 1927 gestaltet Der Redner si große Krankhe zu hoch, die l Geld zu teur überhöht und geführt worde Jahren unres geseht für de nungen in de Folgererheimu Bestimmuness schäftsolumen soll zähle na Söllern der moralisch gesu Monaten un deutsche Volk politil. Finan Einheit leben nächsten Jahr schaftspolitik der Agrarpoll Neben der B rischen und werden. 1930 Markt mehr 50 gen in Ausfsm gegenwärtig i Kreise seien fe gestellt. Das unverschuldet man diese vo Arbeitlosen mehr als 90 Durchführun Die Hauptanr nächsten Jahr he bestände u in den Produ politil. die in lide, und in n nehmer in den

Chrenb

In Koble

sch Vertreter der Besprechu ward beteiligte beifischen Kro zuzaffen. Wi Grund dieser Ehrenbriefe das Reichsbr